

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G



HAND-EXPRESS



Medienmüde? ...
... dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 13/16 ~

INTRO

Im Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) hieß es: „Boykottetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze [...] sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.“
Viele DDR-Bürger wurden wegen kritischer Äußerungen, die nicht dieser „DDR-Korrektheit“ entsprachen, verurteilt. Heute, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands, bekommt das Wort

„Hetze“ erneut einen existenziell bedrohlichen Charakter. Kritische Äußerungen von Journalisten und Buchautoren wurden öffentlich als „Hetze“ gebrandmarkt und hatten häufig unmittelbaren Entlassung und wirtschaftliche Sanktionen bis hin zum Ruin zur Folge. Diese S&G-Ausgabe enthält Beispiele, wie mit Hilfe des Wortes „Hetze“ gezielt Zensur betrieben wird. Aber auch andere Fälle, wie die Gesetzgebung missbraucht wird, um die Bürger in ihren Rechten einzuschränken, kommen zur Sprache. [1]

Die Redaktion (pg./hm.)

Meinungsfreiheit in

Deutschland stark eingeschränkt

enm. Am 27.8.15 war in verschiedenen Zeitungen zu lesen, dass der deutsche Justizminister Maas die Eigentümer von Facebook dazu drängte, „rassistische“ Einträge zu löschen. Sollte es sich tatsächlich um rechtswidrige Einträge handeln, dann ist Facebook aufgrund § 11 Teledienstegesetz zur Löschung verpflichtet. Mit dem Totschlagbegriff „rassistisch“ fallen aber auch Stimmen unter den Tisch, die nicht unter § 11 Teledienstegesetz fallen. Ende Februar wurde z.B. die Facebookseite von den Deutsch-Türkischen-Nachrichten (DTN) gesperrt. Grund: Die DTN hatten ohne

Wertung darüber berichtet, dass Neapel einen *PKK-Chef zum Ehrenbürger ernannt hatte. Die Leitmedien berichten zwar stets von „Zensur“ in China oder Nordkorea, aber nicht im eigenen Land.

Dabei besagt Art. 5,1 des Grundgesetzes doch deutlich: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ [2]

*PKK: Arbeiterpartei Kurdistans ist eine kurdische, sozialistisch ausgerichtete militante Untergrundorganisation

Verfassungsbeschwerde ohne Begründung abgelehnt

pg. Frontex, eine Sonderkommission der EU, meldete für Dezember 2015, dass 60 % der Flüchtlinge nach der Genfer Konvention keinen Anspruch auf Asyl haben. Und dennoch durften allein in Deutschland täglich 3.000 bis 5.000 Flüchtlinge unkontrolliert die Grenze passieren. Gegen diese Asylpolitik der Bundesregierung hatte die Bürgerinitiative „Ein Prozent für unser Land“ am 30.1.2016

Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgericht eingereicht. Die vom renommierten Staatsrechtler Prof. Schachtschneider ausgearbeitete Verfassungsbeschwerde wurde vom Verfassungsgericht ohne Begründung abgelehnt. Hier liegt der Schluss nahe, dass die Beschwerde nicht verhandelt wurde, weil man dann der Beschwerde hätte recht geben müssen. [3]

Wirtschaftsportal boykottiert Facebook

pg. Das Internetportal Deutsche Wirtschaftsnachrichten (DWN) möchte über Facebook keine weiteren Nachrichten verbreiten. Nachdem einige Artikel ohne Angaben von Gründen von Facebook gelöscht wurden, erklärte

die DWN: „Das Publizieren unserer Artikel auf einer Webseite, deren Inhalte von der Bundesregierung bestimmt werden, kommt für uns aus prinzipiellen ethischen Erwägungen nicht in Frage.“ Das Wirtschaftsportal

Das enge Korsett des Zweckentfremdungsgesetzes

hm. Im Jahr 2013 wurde in dem Bundesland Baden-Württemberg, von den Medien totgeschwiegen, das Zweckentfremdungsgesetz beschlossen. Ähnliche Verordnungen waren zuvor schon in Bayern, Hamburg und Berlin verabschiedet worden. Dem Gesetz liegt im Wesentlichen die Absicht zugrunde, dass eine Wohnung ausschließlich als Wohnraum genutzt wird. Ein Wohnungseigentümer darf seine Wohnung nicht länger als 6 Monate unvermietet lassen, für gewerbliche oder berufliche Zwecke nutzen, bzw. er darf seine Wohnung nicht so umgestalten,

dass sie für Wohnzwecke unbrauchbar wird. Eine Gemeinde kann einem Eigentümer für die Zweckentfremdung einer Wohnung eine Geldbuße bis zu 50.000 € auferlegen. Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, bekundete, dass er im Zuge der Flüchtlingswelle und der begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge auf die Umsetzung dieses Gesetz ein besonderes Augenmerk legen will.

Da kommt der Verdacht auf, dass dieses Gesetz gezielt für die von langer Hand geplante Flüchtlingswelle gemacht wurde. [4]

möchte sich keiner inhaltlichen Kontrolle unterziehen und bevor die Presse- und Meinungsfreiheit

wieder gewährt ist, keine weiteren Artikel posten. [5]

Quellen: [1] www.verfassungen.de/de/ddr/ddr49-i.htm | www.compact-online.de/wahrheit-unerwuenschnt-merkel-regime-sperrt-facebookseite-von-anonymous/ [2] <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/markus-maehler/gedankenpolizei-medienprofessor-fordert-den-facebook-blockwart.html> | www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2016/02/524086/geht-ganz-schnell-so-zensiert-facebook-politische-inhalte/ [3] www.compact-online.de/frontex-bericht-fuer-dezember-60-prozent-der-fluechtlinge-nicht-asylberechtigt/ | www.compact-online.de/pressekonferenz-verfassungsklage-gegen-merkels-asylchaos/ | www.sezession.de/53449/verfassungsbeschwerde-abgewiesen-gespraech-mit-schachtschneider-zur-lage.html

[4] <http://sciencefiles.org/2015/09/27/die-enteignung-beginnt-baden-wuerttemberg-beseitigt-demokratische-grundrechte/> | https://mfw.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mfw/intern/Dateien/Downloads/Arbeiten_und_Leben/Wohnungsbau/ZwEWG.pdf [5] www.mmnews.de/index.php/politik/66627-wegen-zensur-dwn-stoppt-facebook-posts

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Deutsche Regierung klagt ohne Beweise an

uw. Russland hat am 1.12.2015 in einer großen Pressekonferenz eine enge Kooperation zwischen der Türkei und der Terrororganisation ISIS aufgezeigt. Gemeinsame Öl- und Waffengeschäfte wurden stichhaltig nachgewiesen. Diesen unanfechtbaren Beweisen wollte die Bundesregierung mit einer eigenen Pressekonferenz am 4.12.2015 entgegen-

wirken, indem sie ihrerseits das Assad-Regime in Syrien bezichtigte, mit der ISIS zusammenzuarbeiten. Auf Nachfrage eines Journalisten, welche Beweise vorgelegt werden könnten, entgegnete der Pressesprecher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schäfer, dass keine Beweise vorgelegt würden. Genau so funktioniert doch Propaganda! [6]

Warum schützt der deutsche Staat seine Bürger nicht vor Radioaktivität?

uw. Seit Jahrzehnten kämpfen Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen für eine regelmäßige staatliche Überprüfung des Trinkwassers auf radioaktive Stoffe. Bisher war der Widerstand der Atomlobby sehr groß, sodass keine regelmäßige Dokumentation dieser gefährlichen

Stoffe stattfand. Das Unglück von Tschernobyl jährt sich bald zum 30. Mal, aber erst seit dem 1.12.2015 wird erstmals das Trinkwasser überprüft. Dabei sollten die Staatsdiener doch vorrangig dem Volk und nicht der Atomlobby dienen. [8]

Jitzchak Rabin – Friedensstifter oder Taktiker?

el./knb. Dass einflussreiche Politiker für ihr Handeln häufig beste Motive vorgeben, im Verborgenen aber schändliche Ziele verfolgen, dafür ist US-Präsident Obama ein Beispiel: Trotz Friedensnobelpreis führt er weltweit Kriege. Doch die Unterscheidung zwischen vorgeschobener und tatsächlich guter Absicht ist nicht immer einfach. Der ehemalige Verteidigungsminister und Ministerpräsident Israels, Jitzchak Rabin, erhielt beispielsweise 1994 den Friedensnobelpreis, weil er sich ab seiner 2. Amtszeit um Frieden mit den Palästinensern bemühte. Kritiker Rabins behaupteten, dies wäre nur Taktik, um im Schatten des Friedensprozesses verdeckt gegen die Palästinenser vorzugehen. Rabins Vergangenheit lässt diese Vermutung zu: Er soll als Verteidi-

gungsminister gesagt haben, er wolle den Palästinensern „die Knochen brechen“. Doch scheint Rabin danach eine innere Verwandlung durchgemacht zu haben. Denn der Friedensaktivist Uri Avnery, der selbst stets mit Israelis und Palästinensern Kontakt suchte, sagte über Rabin: „Sein Herz und sein Mund stimmten überein.“ Im eigenen Land wurde Rabin wegen seiner Politik Verräter und Mörder genannt. Rabbinische Gruppen riefen öffentlich zur Gewalt gegen ihn auf, bis er schließlich 1995 ermordet wurde. Seit seinem Tod stockt der Friedensprozess. Die Tatsache, dass Rabin trotz Gefährdung seines Lebens den Weg des Friedens fortsetzte, zeugt eher von einem echten inneren Einstellungswandel als von taktischem Kalkül. [10]

Quellen: [6] www.youtube.com/watch?v=p_exckN-RrQ | www.tagesschau.de/ausland/putin-tuerkei-105.html [7] <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/friederike-beck/wie-das-big-money-die-migrationskorridore-nach-europa-steuert-teil-i-die-international-migration.html> | <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/Deutschland/friederike-beck/das-netzwerk-fuer-migration.html>
[8] www.augsburger-allgemeine.de/politik/Das-aendert-sich-am-1-Dezember-2015-id36204022.html [9] www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/russia/12103602/America-to-investigate-Russian-meddling-in-EU.html | <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/01/21/usa-leiten-untersuchung-gegen-nato-kritische-parteien-in-europa-ein/> [10] https://de.wikipedia.org/wiki/Jitzchak_Rabin#Zweite_Amtszeit_und_Rolle_im_Friedensprozess | www.uri-avnery.de/news/59/15/Texte-von-Uri-Avnery

Großzügig organisiertes Flüchten

ab. 12 Stiftungen haben sich zum „European Programme for Integration and Migration“ (EPIM) zusammengedungen, um möglichst viele Migranten nach Europa zu bringen. Die Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von 34 Milliarden Euro manipulieren die Politik. Sie finanzieren Pro-Migrations-Organisationen, veranstalten Trainings- und Orientierungsseminare für Flüchtlinge vor deren Abreise und nach ihrer Ankunft in den Zielländern. Die „Open Society Foundation“, Teil

der EPIM, ist eine Stiftung des US-Milliardärs George Soros. Sie fordert „eine Million Einwanderer pro Jahr“ für Europa. Die in Osteuropa sehr aktive Stiftung „PASOS“, ebenfalls Teil des Soros-Imperiums, bewirbt ein Europa der ungehinderten Einwanderung. Wenn diese Stiftungen der Schwerstreichenden scheinbar so viel Herz für Flüchtlinge haben, warum helfen sie ihnen dann nicht in deren Heimatland oder z. B. in den USA? [7]

US-Beschluss bedroht Meinungsfreiheit und Demokratie in Europa

sb. Im Januar 2016 machte die britische Zeitung „The Telegraph“ einen Beschluss aus dem US-Abgeordnetenhaus bekannt, der versucht, jede EU- und NATO-kritische Stimme aus Politik und Gesellschaft aufzulösen. Der US-Kongress beauftragte hierzu den Direktor für die Geheimdienste in den USA, James Clapper, Europa auf vermeintliche russische Unterwanderungen zu untersuchen. Hierbei sei das besondere Augenmerk auf EU-kritische gemeinnützige Organisationen und Parteien zu richten. Die USA sehen einen angeblichen geheimen Einfluss Russlands in allem, was die NATO hinterfragt und die Stationierung von US-Raketen v.a. an der Grenze zu Russland zu blockieren versucht. Ebenso seien alle Bestrebungen einzelner EU-Länder, die Strafsanktionen gegen Russland zu widerrufen und der russischen Energie den Vorzug zu geben, Indizien für eine angeblich geheime Einflussnahme Russlands. So wurde ein niederländisches Referendum, das die Haltung der

Niederlande zur EU-Assoziation der Ukraine prüfen soll, unter starken Verdacht russischer Unterwanderung gestellt. Auch in Österreich sollen Parteien unter dem Verdacht einer russischen Unterwanderung stehen, nur weil eine Gruppe von Abgeordneten die Krim besucht hatte und aufgrund ihrer Vorortrecherche die Wiederangliederung der Halbinsel an Russland für gut geheißen hätte, so die Zeitung „The Telegraph“. Das gezielte Äußern von Verdachtsmomenten ist offensichtlich ein weiteres strategisches Kriegsmittel der US-Regierung, kritische Stimmen und Konkurrenten zu beseitigen. [9]

Schlusspunkt •

Wir müssen anfangen, uns auf das zu konzentrieren, was uns verbindet und nicht auf das, was uns trennt! Dann sind wir nämlich wie Wassertropfen, die sich ungehindert miteinander verbinden und so zu einer starken, durch nichts aufzuhaltenden Welle werden. Praktisch geschieht das in ersten Schritten so, dass ein verbindliches S&G-Netzwerk entsteht, in das auch jeder Leser sich einbringen kann. Wie das geschieht, verrät sein S&G-Kurier.

Die Redaktion (pg./hm.)

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 19.3.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage
Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen
Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan
Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



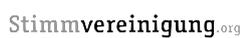
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv